

**Herrn OB Gönner  
per E-Mail, Kopie: an die regionalen Medien**

**Ulm, 18.05.2015**

**Erstattung der KiTa-Gebühren**

Sehr geehrter Herr OB Gönner,

die **GRÜNE** Fraktion Ulm<sup>3</sup> überrascht der Streik der kommunalen KiTa-Beschäftigten nicht. Bereits seit über zehn Jahren haben wir immer wieder auf die Kluft zwischen Verantwortung und Bezahlung hingewiesen, und uns für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und mehr Anerkennung für die Betroffenen eingesetzt. Zwar gab es durchaus Verbesserungen, aber das Ziel ist noch nicht erreicht.

Wir sehen aber auch die objektiven Schwierigkeiten, Kommunen mit ganz unterschiedlicher Finanzkraft zu einem einheitlichen Vorgehen im Tarifverbund zu bewegen. Die Stadt Ulm ist nach unserer Einschätzung ohne weiteres in der Lage, den Forderungen größtenteils nachzukommen, andere Gemeinden mögen dazu nicht in der Lage sein.

Daher ist damit zu rechnen, dass der Tarifkonflikt noch einige Zeit andauern wird und vermutlich auch nicht der letzte sein wird. Die Eltern sind leider stets die Hauptleidtragenden solcher Streiks. Die Stadtverwaltung sollte daher alles tun, um sie möglichst frühzeitig und umfassend zu informieren und bei der Organisation der Ersatz-Betreuung zu unterstützen.

Für uns ist es schließlich selbstverständlich, dass eine Leistung, die nicht erbracht worden ist, auch nicht (wie vom GEB gefordert) bezahlt werden muss. Diese Sache gilt es für uns eindeutig zu klären. Daher beantragen wir:

- die Gebühren für die in diesem Tarifkonflikt streikbedingt ausgefallene Betreuungszeit werden den Eltern anteilig erstattet;
- Die Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die städtischen Tageseinrichtungen für Kinder wird um den §6 erweitert, der einen Rechtsanspruch auf Gebührenerstattung im Falle der Streiks verankert, der bisherige §6 wird zum §7.



Dr. Richard Böker



Michael Joukov



Denise Niggemeier



Lisa-Marie Oelmayer



Sigrid Räkel-Rehner



Birgit Schäfer-Oelmayer



Lena Christin Schwelling



Annette Weinreich

Da die CDU-Fraktion sich bereits für die Erstattung ausgesprochen hat und die Ulmer SPD im Wahlkampf sehr lautstark nach generell kostenloser Kinderbetreuung rief, dürfte die Mehrheit für diese Satzungsänderung stehen. Wir bitten Sie daher, den Punkt bei der Gemeinderatssitzung am 17.06.2015 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen.

Die **GRÜNE** Fraktion Ulm<sup>3</sup>